

- Marterbauer, Markus, *Wem gehört der Wohlstand?* (Wien 2007).
- Obstfeld, Maurice; Rogoff, Kenneth, *Global Imbalances and the Financial Crisis: Products of Common Causes* (=Conference Paper, Berkeley 2009).
- Rajan, Raghuram, *Fault Lines* (Princeton 2010).
- Reinhart, Carmen; Rogoff, Kenneth, *This Time is Different* (Princeton 2011).
- Roubini, Nouriel; Mihm, Stephen, *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft* (München 2011)
- Tichy, Gunther, *What can sector accounts tell us about the financial crisis?*, in: *Intereconomics* 48/2 (2013).
- Wagenknecht, Sarah, *Freiheit statt Kapitalismus* (Frankfurt/Main 2012).
- Walterskirchen, Ewald, *Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung*, in: Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus, *75 Jahre General Theory of Employment, Interest and Money* (= Reihe Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Band 17, Wien 2012a) 131-148.
- Walterskirchen, Ewald, *Eurokrise ohne Ende*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 38/2 (2012b) 285-290.

Zusammenfassung

Finanzkrisen resultieren aus der Liberalisierung der Finanzmärkte und darauf folgenden Kreditblasen. Die Verschuldung steigt bis zu einem gewissen Schwellenwert, an dem der Optimismus plötzlich in Panik umschlägt. Die Anhäufung von Schulden und Vermögen geht Hand in Hand. Überhöhte Schulden sind immer auch überzogene Vermögen: Was sich einer ausborgt, muss ihm einer anderer leihen.

Vor allem drei Arten von Ungleichheiten trugen zur Kreditblase vor dem Ausbruch der Finanzkrise bei:

- die zunehmende soziale Ungleichheit zwischen Arm und Reich, die Hypothekarkredite an mittellose Haushalte und Spekulationsexzesse nach sich zog,
- die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite, die nicht durch Wechselkurse ausgeglichen wurden und zu einem Auftürmen von Ersparnissen bzw. Auslandsschulden führten, sowie
- die Destabilisierung der Wirtschaft durch stark schwankende Vermögenspreise (Immobilienpreisblasen), d. h. durch zunehmende Ungleichheit zwischen Vermögensbesitz und Leistungseinkommen.

In allen diesen Fällen muss die Wirtschaftspolitik zu mehr Gerechtigkeit beitragen. Außergewöhnliche wirtschaftspolitische Maßnahmen sind notwendig, um die gesamtwirtschaftliche Schuldenquote zu verringern. Wesentlich ist, dass die Gläubiger ihren gebührenden Anteil daran tragen. Eine Verteilung der Bankenprobleme auf alle Steuerzahler ist der falsche Weg.

Schulden und Vermögen müssen parallel verringert werden, damit neue Kredit- und Investitionsbereitschaft entstehen kann. Das sollte auf sozial verträgliche Weise erfolgen: durch sehr niedrige Zinssätze, höhere Inflationsraten, Vermögenssteuern und gegebenenfalls Schuldennachlass (z. B. Griechenland). Umverteilungspolitik ist nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen notwendig, um neue Wachstumsimpulse zu setzen.